

INTERPELLATION VON ALOIS GÖSSI UND MARTIN B. LEHMANN

BETREFFEND PERSONALPLAFONIERUNG IN DER  
KANTONALEN VERWALTUNG

VOM 16. JANUAR 2004

Die Kantonsräte Alois Gössi, Baar, und Martin B. Lehmann, Unterägeri, haben am 16. Januar 2004 folgende **Interpellation** eingereicht:

Bei der kantonalen Verwaltung existiert seit Jahren eine Personalplafonierung. Zusätzliche Stellen werden nur noch in absoluten Ausnahmefällen oder als direkte Folge einer gänzlich unumstrittenen Vorlage bewilligt. Zusätzlich verordnete der Kantonsrat bei der Beratung des Budgets im vergangenen Dezember einen faktischen Anstellungsstopp fürs Aushilfspersonal.

Einerseits wirken sich die knappen Personalressourcen sowie die Weigerung des Kantonsrates, einen Teuerungsausgleich auszurichten, naheliegenderweise nicht gerade motivierend auf das Staatspersonal aus. Andererseits fallen ohne Einflussmöglichkeit der Regierung neue Aufgaben an respektive wachsen bestehende Aufgaben, welche nicht mehr durch eine Produktivitätssteigerung des Personals aufgefangen werden können. Die Zitrone ist definitiv ausgepresst! Neben dieser Verschlechterung der weichen Rahmenbedingungen für das Personal muss eine graduelle Abnahme des Leistungsstandards befürchtet werden.

Wir gelangen in diesem Zusammenhang mit folgenden **Fragen** an den Regierungsrat:

1. In welchen Direktionen ist zurzeit zu wenig Personal vorhanden?
2. Was sind die allgemeinen und generellen Auswirkungen dieses Personal mangels in Bezug auf Qualität, Leistungsstandard und die Einnahmen des Kantons bei ständiger Zunahme der Bevölkerung sowie dem überdurchschnittlichen Zuzug von juristischen Personen?
3. Wie plant der Regierungsrat, diesen Auswirkungen zu begegnen?
4. Musste der Regierungsrat in der letzten Zeit schon gewisse Dienstleistungen einschränken respektive einstellen oder sind solche Massnahmen als Folge der Plafonierung für die Zukunft geplant?

5. Beim Budget 2004 hatte der Regierungsrat die Absicht, im IT-Bereich Leistungen wegen Kostenersparnissen wieder zu insourcen. Dies wird jedoch wegen dem faktischen Anstellungsstopp für Aushilfspersonal wahrscheinlich nicht möglich sein. Gibt es noch weitere Bereiche, bei denen sich nach Ansicht des Regierungsrates ein Insourcing lohnen würde?
-